

Dem Mittelstand Gehör verschafft

07.05.17 06:05



Beim Parlamentarischen Abend der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand: (v.l.) Cem Özdemir (Bundesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen), Alwin Altrichter (Sprecher IHK-Netzwerk Mittelstand) und Christian Lindner (Bundesvorsitzender FDP).

© DIHK/Jens Schicke (nh)

Alwin Altrichter (Kuhn-Feuerschutz, Kassel und Homberg) traf in Berlin Cem Özdemir, Christian Lindner und andere Politiker.

Berlin/Homberg. Die deutsche Wirtschaft erweist sich in einer globalisierten und immer komplexeren Welt bislang als sehr robust. Aber wie können Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand nachhaltig gesichert werden? Die Arbeitsgemeinschaft Mittelstand hat Kernbereiche für das politische Handeln nach der Bundestagswahl identifiziert und vor Kurzem während eines Parlamentarischen Abends in Berlin Politikern verschiedener Parteien kommuniziert. Mit dabei: Alwin Altrichter (Kuhn-Feuerschutz, Kassel und Homberg).

Der Sprecher des Netzwerks Mittelstand der Industrie- und Handelskammer (IHK) Kassel-Marburg sowie Mitglied des Mittelstandsausschusses des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) führte zahlreiche gute Gespräche. Sein Eindruck: Die Anliegen des Mittelstands fanden bei den anwesenden Politikern Gehör.

Unter anderem erläuterte er die Erwartungen und Wünsche des Mittelstands Christian Lindner (Bundesvorsitzender FDP), Cem Özdemir (Bundesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen) sowie den Bundestagsmitgliedern Marie-Luise Dött (CDU) und Dr. Carsten Linnemann (CDU).

EXTRA INFO

Offene Grenzen, schnelles Internet und mehr

Die in der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand zusammengeschlossenen Verbände repräsentieren rund 3,6 Millionen kleine und mittlere Unternehmen. In einer Pressemitteilung führten sie in sieben Punkten die Bedürfnisse der Betriebe auf: Der Mittelstand benötige offene Grenzen, qualifizierte Fachkräfte, schnelles Internet, effiziente und wirtschaftliche Lösungen in der Klimaschutzpolitik, auch künftig Zugang zu Krediten, ein investitionsfreundliches Steuerrecht sowie weniger Bürokratie und besseres E-Government.